

21. APRIL 2020

Dennis Lander: Wir brauchen eine offene Diskussion über die Beschneidung von Grundrechten im Saarland, ihre Verhältnismäßigkeit und Sinnhaftigkeit



Nachdem das Bundesverfassungsgericht Demonstrations-Verbote in Stuttgart und Gießen, die mit dem Infektionsschutz begründet worden waren, gekippt hat, und auch der Präsident des saarländischen Verfassungsgerichts, Prof. Roland Rixecker erklärt: „Die Grundrechte dürfen nicht länger als unbedingt erforderlich in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt werden“, fordert Dennis Lander, Innen- und Rechtspolitiker der Linksfraktion im Saarländischen Landtag, eine offene Diskussion über die Beschneidung von Grundrechten im Saarland, ihre Verhältnismäßigkeit und Sinnhaftigkeit. „Herr Rixecker hat völlig Recht, wenn er sagt: ‚Wenn jemand im Park in der Sonne sitzt auf

einer Bank und niemand sitzt sonst dabei, oder ein anderer zwei Meter entfernt, dann frage ich mich: Warum soll das untersagt und auch noch sanktioniert werden?‘ Es ist auch weder verhältnismäßig, noch für eine freie rechtsstaatliche Gesellschaft hinnehmbar, wenn die Polizei kontrollieren kann, wer sich privat in welcher Wohnung oder in welchem Garten aufhält und dies auch noch sanktionieren kann. Dass im Saarland anders als in anderen Bundesländern das Picknicken oder auf einer Parkbank-Sitzen kriminalisiert wird, ist unverhältnismäßig und auch für den Infektionsschutz nicht unbedingt erforderlich. Dass im Saarland und in Bayern nur aus dem Haus gehen darf, wer einen aus Sicht der Landesregierung ‚triftigen Grund‘ dafür hat, ist fragwürdig. Und es ist überfällig, dass wir darüber diskutieren, wie lange und in welchem Umfang wir noch eine Art Generalermächtigung für die Exekutive durch das Infektionsschutzgesetz dulden, und wann die notwendige parlamentarische und gerichtliche Kontrolle der getroffenen Schutzmaßnahmen wieder vollumfänglich beginnt. Eine reine Information der Abgeordneten über bereits getroffene Entscheidungen der Regierung – meist noch nachdem die Presse bereits informiert wurde – ersetzt keine Kontrolle durch das Parlament.“ Das gelte auch für Überlegungen, nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine Maskenpflicht einzuführen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass auch wirklich jeder Zugang zu einer Maske hat. „Viele Saarländer fragen sich, wie es kommt, dass Regierungen im Zuge des Infektionsschutzes erhebliche Grundrechts-Eingriffe vorgenommen und ganze Wirtschaftszweige lahmgelegt haben, aber nicht Betriebe zur Umstellung ihrer Produktion auf diese Masken verpflichtet haben, um die Engpässe zu beheben“, so Lander abschließend.

IN VERBINDUNG STEHENDE ARTIKEL:



Astrid Schramm: Landesregierung missachtet erneut Informations- und Beteiligungsrechte des Parlaments

- 23. April 2021



Oskar Lafontaine: Landesregierung missachtet das Parlament - 26. März 2021



Jochen Flackus: Landesregierung darf Schutzmasken nicht nach Gutsherrenart an befreundeten Verband verteilen – Ministerpräsident muss für Ordnung in seiner Regierung sorgen

- 28. September 2020



Dennis Lander: Bodycams in Privatwohnungen sind nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen – CDU und Polizeigewerkschaften müssen Gutachten akzeptieren

- 19. August 2020



Jochen Flackus: CDU und SPD müssen nach der Sommerpause umgehend Vorschläge für Beteiligung des Landtags in Krisenzeiten vorlegen, um für mögliche zweite Corona-Welle vorbereitet zu sein

- 28. Juni 2020



Dennis Lander: Pathologie dient der Krankenversorgung - 19. April 2020



Jochen Flackus: Corona-Krise zeigt Bedeutung der Digitalisierung – Saarland muss hier aufholen -

18. April 2020



Dennis Lander: Grenzschließung ist nicht alternativlos, Kommunikation mit französischen Freunden muss verbessert werden

- 16. April 2020



Barbara Spaniol: Abitur und andere schulische Abschlussprüfungen aussetzen - besondere Situation wie die Corona-Krise erfordert besondere Regelungen im Sinne der Lernenden und der Lehrkräfte

- 16. April 2020



Barbara Spaniol: Kinder und Jugendliche im Land brauchen baldmöglichst Klarheit, wie es in der Corona-Krise für sie weitergehen wird

- 9. April 2020



Ralf Georgi: Vorbild Trier: Wertstoff-Höfe nach Ostern wieder öffnen - 9. April 2020



Astrid Schramm: Pauschal-Verbot von Hausbesuchen durch Dienstleister wie Friseure und Kosmetiker aufheben

- 8. April 2020



Grenzschließungen in Corona-Krise - Linksfraktion beantragt Sondersitzung des Innenausschusses

- 7. April 2020



Dennis Lander: Parlamente in Corona-Krise nicht aushebeln - 7. April 2020



Oskar Lafontaine: Bewohner und Beschäftigte der Alten- und Pflegeheime müssen schnellstmöglich getestet werden

- 7. April 2020



Oskar Lafontaine: Alten- und Pflegeheime schützen - repräsentative Untersuchung starten - 5. April

2020



Barbara Spaniol: Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Haushalten brauchen in der Corona-Krise besondere Unterstützung

- 3. April 2020



Oskar Lafontaine: Saarländische Sparkassen müssen ihre Weigerung aufgeben, dem Beispiel der Frankfurter Sparkasse folgen und die Dispo-Zinsen senken

- 1. April 2020



Oskar Lafontaine: In der Corona-Krise Dispozinsen deutlich senken - 29. März 2020



Oskar Lafontaine: Schutzschirm für Arbeitnehmer, Rentner und Familien in der Corona-Krise - 24.

März 2020



Astrid Schramm: Einkommensschwächere und Hartz-IV-Empfänger brauchen in der Corona-Pandemie besondere Unterstützung

- 16. März 2020



Jochen Flackus: Schnelle und unbürokratische Unterstützung für kleine Betriebe, Familienunternehmen, Soloselbständige

- 16. März 2020



Astrid Schramm: Nothilfeprogramm Kultur wegen Corona-Pandemie - 13. März 2020



Oskar Lafontaine: Wie ist das Saarland auf Coronavirus-Epidemie vorbereitet – Landesregierung muss ausreichende Versorgung sicherstellen

- 27. Februar 2020

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-SAARLAND.DE/POLITIK/MELDUNGEN/DETAIL/ARTIKEL/DENNIS-LANDER-WIR-BRAUCHEN-EINE-OFFENE-DISKUSSION-UEBER-DIE-BESCHNEIDUNG-VON-GRUNDRECHTEN-IM-SAARLA/](http://www.linksfraktion-saarland.de/politik/meldungen/detail/artikel/dennis-lander-wir-brauchen-eine-offene-diskussion-ueber-die-beschneidung-von-grundrechten-im-saarla/)